

Industrie-Akzeptanz

Worum geht es...

Nordrhein-Westfalen ist das Kernland der Industrie. Mehr als 25 Prozent der Bruttowertschöpfung des Bundeslands wird durch die Industrie erwirtschaftet. In den nordrhein-westfälischen Industriebetrieben sind 1,2 Millionen Beschäftigte in Lohn und Brot, sie erzielen 20 Prozent des deutschen Industrieumsatzes. Und: Von großen Teilen der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hat sich die Industrie unseres Landes inzwischen weltweit eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung umwelt- und klimafreundlicher Technologien erarbeitet.

Ungeachtet der enormen Bedeutung der Industrie für Nordrhein-Westfalen stoßen in Teilen der Bevölkerung immer häufiger Industrie- und Infrastrukturprojekte auf Widerstand. In der Folge ziehen sich Planungs- und Genehmigungsverfahren unnötig in die Länge – ein Hemmschuh für deutsche und ausländische Unternehmen, die am Standort NRW investieren wollen. Umso wichtiger ist es, die Akzeptanz von Großprojekten in unserem Land zu steigern. Dies ist eine der zentralen Herausforderungen in der Wirtschaftspolitik. Gelingt dies nicht, wird die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes NRW nachhaltig ins Hintertreffen geraten.

Was für die Wirtschaft wichtig ist....

- **Bürger bei Großprojekten frühzeitig beteiligen und Genehmigungsverfahren zügig vereinbaren**
Die frühzeitige und im Projektverlauf kontinuierliche Information über zentrale Industrie- und Infrastrukturvorhaben ist notwendig, um grundsätzlich Akzeptanz bei den Bürgern zu erreichen. Ein Land, dessen Wohlstand entscheidend vom Erfolg der Industrie abhängt, muss seine Bürger besser mitnehmen in der Frage, warum gerade eine leistungsfähige Infrastruktur Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität ist. Gleichzeitig sind Unternehmen und Investoren darauf angewiesen, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren zügig und reibungslos durchgeführt werden. Hängepartien in der Entscheidungsfindung eines großen Projektes werden Investoren abschrecken. Klar ist: Hohe Verlässlichkeit bei der Information einerseits und in der Planung andererseits ist auf beiden Seiten notwendig, wenn Investitionen in Nordrhein-Westfalen im erforderlichen Umfang verwirklicht werden sollen.
- **Industrie-Innovationen für die Zukunft ermöglichen**
Dass industrieller und ökologischer Fortschritt im 21. Jahrhundert längst kein Gegensatz mehr ist, zeigt sich in NRW. Unsere Industrie genießt weltweit einen hervorragenden Ruf als Innovationstreiber für die Entwicklung von Umwelttechnologien. Dieser Bereich hat sich hierzulande zudem als ein wichtiger Wachstumsmotor entwickelt. Hinzu kommt: Der Einsatz von Energie und Rohstoffen geschieht immer effizienter. Wie etwa bei der Herstellung von Propylen, einem der wichtigsten Kunststoffe als Basis für die Produktion von Folien, Verpackungen und Verschlüssen sowie für Einzelteile der Elektro- und Automobilindustrie: Wurden je Tonne Propylen in den 60er Jahren noch rund 1.200 kg Roh- und Hilfsstoffe benötigt, so kommt man heute mit etwa 1.000 kg aus. Eines von vielen Beispielen, das zeigt, wie die Industrie einen wertvollen und zudem nachhaltigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz leistet. Allerdings reicht es nicht, wenn die Industrie allein für ihre umweltfreundlichen Innovationen wirbt. Noch wichtiger ist eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte, um ein positives Umfeld für Innovationen am Standort Nordrhein-Westfalen zu fördern.

- **Kompromissbereitschaft bei Energiewende fördern**

Die Politik hat sich als Folge der Katastrophe von Fukushima zu einer Wende in der Energiepolitik entschlossen. Diesen politischen Willen umzusetzen erfordert einen massiven Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze. Überdies bedarf es gewaltiger Anstrengungen zur Entwicklung neuer Speichertechnologien. Doch auch die zunehmende Verkehrsdichte verlangt ökologisch wie ökonomisch kluge Antworten: Wer die Treibhausgas-Belastung spürbar senken will, muss für eine Verkehrsinfrastruktur sorgen, die den zunehmenden Verkehrsflüssen intelligent Herr wird – und zwar auf der Straße, auf der Schiene und in der Luft.

Die Lösungen dieser zentralen Gesellschaftsaufgaben werden nicht „zum Nulltarif“ zu haben sein. Wer „Ja“ sagt zum Umbau der Energieversorgung und den Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und höhere Energieeffizienz setzen will, der kann nicht ernsthaft gegen Windkraftträder, neue Kraftwerke und Speichereinrichtungen oder Strommasten sein – auch dann nicht, wenn diese Anlagen den eigenen Lebensraum betreffen. Die Energiewende verlangt von allen Beteiligten – Industrie, Politik und Bürgern – ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft.

- **Erfolgreiche Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung nutzen**

In Nordrhein-Westfalen verfügen wir über einen reichen Erfahrungsschatz, wenn es um die Kommunikation von industriellen Großprojekten geht. Die zahlreichen Instrumente der Bürgerbeteiligung tragen schon jetzt dazu bei, Konflikte vor Ort schon im Vorfeld zu vermeiden. Wir erleben dies immer wieder in der Raumordnung und in der Regionalplanung. Hieran gilt es anzuknüpfen.

